

Frieden braucht Konfliktbearbeitung – auch in Deutschland

Seit dem Beginn des vollumfänglichen Angriffs Russlands auf die Ukraine am 24. Februar 2022 wird darüber diskutiert, ob es noch eine relevante Friedensbewegung in Deutschland gibt und welche Rolle sie spielen kann oder soll (z. B. Gassert 2022). Außer einer großen Demonstration am 27. Februar 2022 in Berlin mit über 200.000 Teilnehmer*innen gab es keine Großaktionen analog zu den Massenprotesten gegen die Stationierung von Pershing II-Mittelstreckenraketen und Cruise Missiles Anfang der 1980er Jahre. Trotzdem gibt es ein bedeutsames Friedensengagement in Deutschland – sowohl hinsichtlich des Ukrainekriegs als auch anderer Kriege und Konflikte. Es findet allerdings auf andere Weise statt als vor 40 Jahren.

Im Kalten Krieg: Ostermärsche, Kriegsdienstverweigerung und Großdemonstrationen

Die alte Bundesrepublik hat immer wieder öffentliche Auseinandersetzungen um Militär und Rüstung erlebt. Das begann mit der Auseinandersetzung um die Wiederbewaffnung Anfang der 1950er und setzte sich mit dem Widerstand gegen die Stationierung von Atomwaffen (Stichwort: „Kampf dem Atomtod!“) fort. Anfang der 1960er Jahre begannen die Ostermärsche, Ende des Jahrzehnts gab es große Demonstrationen gegen den Vietnamkrieg und die Notstandsgesetze, ab den 1970er Jahren nahm die Zahl der Kriegsdienstverweigerer stetig zu, und Anfang der 1980er gab es Massenproteste gegen die Stationierung von Pershing II-Mittelstreckenraketen und Cruise Missiles (vgl. Finckh-Krämer 2019). Gemeinsam war diesen Protesten, dass sie sich gegen Krieg und Aufrüstung richteten. Ansonsten waren die Beteiligten und ihre jeweiligen Motivationen sehr unterschiedlich. Die Massenproteste hatten jeweils einen konkreten Anlass und eine konkrete Forderung. Die Teilnehmer*innen der Ostermarschbewegung handelten – wie die Kriegsdienstverweigerer aus Gewissensgründen – eher aus einer grundsätzlichen Haltung heraus, wobei auch diese sehr unterschiedlich sein konnte. Wer vor allem befürchtete, dass Deutschland durch einen Atomkrieg zerstört werden könnte, war erleichtert, als nach dem Ende des Kalten Krieges fast alle Atomwaffen aus Deutschland abgezogen wurden, und sah sein Ziel im Wesentlichen erreicht. Wer jedoch eine umfassendere Vorstellung von *Frieden* hatte, blieb oft auch nach dem Ende des Kalten Krieges aktiv.

Nach dem Kalten Krieg: neue Themen und Organisationen

So wuchs seit den 1990er Jahren die Zahl der Organisationen stark an, die sich um unterschiedlichste Aspekte von Frieden kümmern. Sie beziehen sich oft auf einen Friedensbegriff, der Frieden nicht als Zustand, sondern als einen Prozess definiert, in dem Not und Gewalt abnehmen und Gerechtigkeit und kulturelle Vielfalt zunehmen (in einem umfassenden Sinne, der soziale Gerechtigkeit und gleiche Rechte aller Menschen mit umfasst). Die Großdemonstration in Berlin am 15. Februar 2003 gegen den drohenden Angriffskrieg der USA auf den Irak, die das Nachrichtenmagazin Spiegel (2003) als größte

Friedensdemonstration in der Geschichte der Bundesrepublik bezeichnete und an der Polizeiangaben zufolge 500.000 Menschen teilnahmen, zeigte, dass – wie zur gleichen Zeit in vielen anderen Ländern auch – eine kurzfristige Mobilisierung mit einer konkreten, von vielen Menschen geteilten Antikriegsforderung („Nein zum Irakkrieg!“) weiterhin möglich war.

Auch im staatlichen Bereich wurde in einem gewissen Umfang konkretes Friedenshandeln verankert. 1986 wurde die Möglichkeit geschaffen, den ursprünglich als Wehersatzdienst eingeführten Zivildienst in sozialen Einrichtungen im Ausland abzuleisten. Die Einsatzstellen wurden oft im Kontext von Friedens- und Versöhnungsarbeit durch Mitgliedsorganisationen der Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden (AGDF)ⁱ verwaltet. 1998 wurde der Zivile Friedensdienst (ZFD)ⁱⁱ als Fachdienst der Entwicklungszusammenarbeit eingeführt, seit 2001 gibt es die Arbeitsgemeinschaft Frieden und Entwicklung (FriEnt),ⁱⁱⁱ in der staatliche Organisationen, kirchliche Hilfswerke, zivilgesellschaftliche Netzwerke und politische Stiftungen zusammenarbeiten. Aus dem Etat des Auswärtigen Amtes werden durch das Institut für Auslandsbeziehungen (ifa) durch das Förderprogramm zivik international Projekte gefördert, die zivile Konfliktbearbeitung als Fokus haben oder hatten.^{iv}

In der DDR war es dagegen nicht möglich, Massenproteste gegen nukleare Aufrüstung zu organisieren. Es gab auch kein Recht auf Kriegsdienstverweigerung, sondern nur die Möglichkeit, als „Bausoldat“ einen waffenlosen Dienst bei der Nationalen Volksarmee abzuleisten. Es gab jedoch eine kirchliche Friedensbewegung, die den Slogan *Schwerter zu Pflugscharen* verwendete. Eine Arbeitsgruppe, die vom Kirchenbund der DDR eingesetzt wurde, legte 1983 eine Studie mit dem Titel *Sicherheitspartnerschaft und Frieden in Europa - Aufgabe der Deutschen Staaten, Verantwortung der deutschen Kirchen* vor. Auf Basis der Ergebnisse dieser Studie verabschiedete die Synode des Kirchenbundes im September 1983 eine Erklärung, die eine „Absage an Geist, Logik und Praxis der Abschreckung“ enthielt (vgl. Koch 1992). Daher entstanden nach der Wiedervereinigung auch in den ostdeutschen Bundesländern Organisationen, die sich aktiv für Frieden engagierten, beispielsweise der Friedenskreis Halle (Saale).^v

Die traditionelle Antikriegsbewegung in Deutschland nach Beginn des Angriffskriegs Russlands auf die Ukraine am 24. Februar 2022 konnte trotz der Großdemonstration am 27. Februar 2022 nicht ernsthaft zu einer Massenbewegung werden. Das hatte mehrere Ursachen. Von Anfang an war es mehr als fraglich, ob sich der russische Präsident Wladimir Putin von Demonstrationen in Deutschland beeindrucken ließe – die Großdemonstration hatte jedenfalls keinen Effekt, und Antikriegsaktionen in Russland wurden schnell und gewaltsam unterdrückt. Ziemlich schnell wurden in Deutschland auch unauflösbare Differenzen in der Einschätzung der Ursachen für diesen Krieg sichtbar. Dass nicht nur die Partei die Linke, sondern auch die AfD und das von der Linken abgespaltene BSW mit pauschalen Rufen nach „Frieden“ in diversen Wahlkämpfen um Stimmen warben, erschwerte eine Einigung auf gemeinsame Forderungen für alle traditionellen Friedensgruppen zusätzlich.

Dagegen konnten die konstruktiv friedensorientierten Organisationen ihre Arbeit fortsetzen und teilweise sogar ausbauen, wenn auch zum Teil unter erschwerten Bedingungen. Denn sie hatten nicht nur teilweise Partnerorganisationen in Russland oder der Ukraine, sondern mussten sich ab dem 7. Oktober 2023 zusätzlich mit dem Terroranschlag der Hamas auf Israel und den darauffolgenden Militärschlägen Israels auf Gaza und den Libanon befassen – das gilt vor allem für die Organisationen, die im arabischen Raum Partnerorganisationen hatten und haben. Gleichzeitig war und ist die öffentliche Diskussion über beide Kriege extrem polarisiert, so dass Stellungnahmen sehr sorgfältig formuliert werden mussten und müssen und trotzdem immer wieder missverstanden werden.

Frieden und Konflikt

Kein Krieg, keine gewalttätige Auseinandersetzung entsteht ohne Ursache. Ihnen liegen immer ein oder mehrere miteinander verknüpfte Konflikt(e) zu Grunde. Deswegen werden Frieden und Konflikt oft zusammen betrachtet. Dahinter steckt die Erkenntnis, dass eine konstruktive, gewaltfreie Konfliktbearbeitung Krieg und Gewalt verhindern kann. So gibt es seit Jahrzehnten die Fachrichtung Friedens- und Konfliktforschung an deutschen Universitäten. Die zugehörige Fachgesellschaft heißt Arbeitsgemeinschaft für Friedens- und Konfliktforschung (afk)^{[vi](#)} und wurde 1968 gegründet. Von 1970 bis 1982 gab es die auf Initiative des damaligen Bundespräsidenten Gustav Heinemann gegründete Deutsche Gesellschaft für Friedens- und Konfliktforschung, die wissenschaftliche Forschung auf diesem Gebiet finanziell unterstützte. Dasselbe gilt für die im Jahr 2000 gegründete Deutsche Stiftung Friedensforschung, auch wenn sie den Begriff *Konflikt* nicht im Namen führt.^{[vii](#)} Viele Friedens- und Konfliktforscher*innen waren und sind friedenspolitisch aktiv und gaben und geben denjenigen, die sich friedenspolitisch engagieren, fundierte Analysen und Argumente an die Hand. Teilweise wurden auch außerhalb von oder in Zusammenarbeit mit Universitäten Friedensforschungsinstitute gegründet und aus Landesmitteln unterstützt, insbesondere die Hessische Stiftung für Friedens- und Konfliktforschung (HSFK – inzwischen Peace Research Institute Frankfurt, PRIF),^{[viii](#)} das Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH)^{[ix](#)} und das Bonn International Centre for Conflict Studies (BICC). Die Berghof Foundation wiederum ist eine private Stiftung, die wissenschaftliche Arbeit zum Thema Konfliktbearbeitung/conflict transformation und konkreten Einsatz in Konfliktregionen sowie Friedenspädagogik miteinander verbindet.^{[x](#)}

Konflikte sind allgegenwärtig, von der Familie oder Nachbarschaft bis zu Konflikten zwischen Staaten oder Staatengemeinschaften. Interessanterweise ähneln sie sich unabhängig von Größenordnung, Komplexität, Zahl der Beteiligten und Art der Austragung in der Art und Weise, wie sie eskalieren (können). Der Ökonom und Konfliktforscher Friedrich Glasl hat ein vor allem im deutschen Sprachraum weit verbreitetes Phasenmodell der Konflikteskalation in drei Hauptphasen und neun Stufen entwickelt, das zur Analyse von sehr unterschiedlichen Konflikten dienen kann. Im Konzept der *Friedenslogik*, das im Rahmen der Arbeit der Plattform Zivile Konfliktbearbeitung^{[xi](#)} entwickelt wurde, werden gesellschaftliche Konflikte, die ohne manifeste Gewalt ausgetragen werden, und bewaffnete Konflikte nach den gleichen Grundsätzen analysiert (vgl. Birckenbach 2023).

Expert*innen der Friedens- und Konfliktforschung sind aktuell am ehesten bereit und in der Lage, in der eskalierten Debatte um die Kriege in der Ukraine und in Gaza faktenbasierte Analysen zur Verfügung zu stellen, die nicht sofort falsch interpretiert und skandalisiert werden.

Konfliktbearbeitung im eigenen Land als Engagement für den Frieden

Wer Frieden nicht als Zustand, sondern als Prozess definiert, stellt früher oder später fest, dass es auch in einem Land wie Deutschland noch einiges in Bezug auf die Reduzierung von Not und Gewalt sowie die Herstellung von Gerechtigkeit und gleichberechtigter Teilhabe verschiedener Bevölkerungsgruppen zu tun gibt. Es ist auch unübersehbar, dass es, verglichen mit der alten Bundesrepublik, mehr und nicht weniger Konflikte um diese Themen gibt. „Demokratien wie die Bundesrepublik müssen ständig scheinbar oder tatsächlich unvereinbare Ziele und Interessen verschiedener Gruppen und Parteien in Einklang bringen, also Konflikte lösen. Es geht um Verteilungskonflikte, Rangordnungskonflikte, Identitätskonflikte und vieles mehr.“ (Zick 2025: 21) Daher haben seit Ende des Kalten Krieges zahlreiche Friedensorganisationen ihre Fachkunde zu Frieden und Konflikt in Deutschland eingebracht. Die ersten Pilotprojekte zu Streitschlichtung an Schulen, kommunaler Konfliktbearbeitung, Mediation oder gewaltfreiem Umgang mit Mobbing an Schulen (*no blame approach*) in Deutschland wurden in Friedensorganisationen wie der Werkstatt für Gewaltfreie Aktion^{xii} oder dem Bund für Soziale Verteidigung^{xiii} entwickelt – wobei die entsprechenden Ansätze aus dem angelsächsischen Raum stammten und an deutsche Verhältnisse angepasst wurden. Die Plattform Zivile Konfliktbearbeitung, die sich schwerpunktmäßig mit ziviler Konfliktbearbeitung außerhalb Deutschlands befasst, hatte 20 Jahre lang die Arbeitsgruppe „zivile Konfliktbearbeitung im Inland“. Die in dieser AG Aktiven haben sich jahrelang dafür eingesetzt, dass im Förderprogramm „Demokratie leben“ die Konfliktbearbeitung als eigenständiger Förderschwerpunkt verankert wird – mit Erfolg: Seit Januar 2025 gibt es den Kooperationsverbund Demokratische Konfliktbearbeitung im Bundesprogramm „Demokratie leben“, der unter anderem eine bundeszentrale Infrastruktur für Konfliktbearbeitung entwickeln soll.^{xiv} Den Kooperationsverbund bilden sieben Organisationen aus der internationalen Friedensarbeit, der Demokratieförderung und der Sozialen Arbeit. Bereits 2024 hat ein Gründungstreffen für das Bundesnetzwerk Konfliktbearbeitung^{xv} stattgefunden, an dem nicht nur weitere Organisationen und Personen aus den genannten Arbeitsbereichen, sondern auch aus der Friedens- und Konfliktforschung beteiligt waren. Aktuell (Stand: Januar 2026) sind über 40 Organisationen an diesem Netzwerk beteiligt.

Ausblick

Es war in Deutschland ein langer Weg vom (gescheiterten) Kampf gegen die Wiederbewaffnung bis zur Vielfalt der im weiten Sinne friedenspolitischen Organisationen und Initiativen, die es heute trotz eines weitgehend von Sicherheitsthemen und Kriegsängsten dominierten öffentlichen Diskurses gibt. Als jüngste Protestbewegung im doppelten Sinne zeichnet sich aktuell eine Schülerbewegung gegen die Wiedereinführung von Wehrerfassung und Musterung ab, die mit der Aussetzung der Wehrpflicht im Jahr 2011 ebenfalls ausgesetzt worden war: Am 5. Dezember 2025 demonstrierten bundesweit mehrere zehntausend überwiegend sehr junge Menschen mit dem Slogan *Schulstreik gegen Wehrpflicht*. Auch wenn abzuwarten sein wird, wie sich diese Bewegung entwickelt: Sie ist ein klares Zeichen für einen

Generationenkonflikt. Denn während Umfragen regelmäßig auf die erwachsene Gesamtbevölkerung bezogen deutliche Mehrheiten für eine Reaktivierung der Wehrpflicht oder für eine allgemeine Dienstpflicht ergeben, sprechen sich ebenso regelmäßig die Mehrheit der Jugendlichen und jungen Erwachsenen gegen beides aus. Dahinter steckt ein tiefer gehender Konflikt um Zukunftschancen und ungleich verteilte Risiken, so dass eine Stärkung der demokratischen Konfliktbearbeitung absolut sinnvoll, wenn nicht sogar dringend geboten erscheint.

Dr. Ute Finckh-Krämer geb. 1956, Dr. rer. nat., MdB a.D. (2013-2017, unter anderem im Auswärtigen Ausschuss). Sie ist Co-Vorsitzende des Sprecher*innenrates der Plattform Zivile Konfliktbearbeitung. Zahlreiche Veröffentlichungen zu friedenspolitischen Themen.

Literatur

Birckenbach, Hanne-Margret 2023: Friedenslogik verstehen. Frieden hat man nicht, Frieden muss man machen, Frankfurt am Main.

Finckh-Krämer, Ute 2019: Friedensbewegung, in: Gießmann, Hans J./Rinke, Bernhard (Hrsg.): *Handbuch Frieden*, Wiesbaden, S. 123-132.

Gassert, Philipp 2022: Wo ist die Lobby der Pazifisten hin? Die Friedensbewegung ist mit Russlands Überfall auf die Ukraine heimatlos. Über die Ursprünge des Pazifismus und warum vieles an der Zeitenwende geschichtsvergessen ist, in: *Zeit-Online* vom 29.05.2022, <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2022-05/pazifismus-friedensbewegung-ukraine-deutschland-geschichte/komplettansicht>.

Koch, Uwe 1992: Friedensethik versus Militärseelsorge. Die Sicht der evangelischen Kirchen in den neuen Ländern, in: *Jahrbuch Frieden 1992*, München, S. 163-172, <https://www.militaerseelsorge-abschaffen.de/texte/uwe-koch-militar-seelsorge/>.

Spiegel 2003: Größte Friedensdemonstration in der Geschichte der Bundesrepublik, in: *Spiegel* vom 15.02.2003, <https://www.spiegel.de/panorama/a-235314.html>.

Sternberg, Jan 2025: Tausende Schüler streiken bundesweit gegen das neue Wehrdienstgesetz, in: *Frankfurter Rundschau* vom 05.12.2025, <https://www.fr.de/hintergrund/tausende-schueler-streiken-bundesweit-gegen-das-neue-wehrdienstgesetz-94071201.html>.

Zick, Andreas 2025: Demokratie am Kipppunkt – Verschiebungen in der Mitte und die Normalisierung des Rechtsextremismus – eine Hinführung zur Mitte-Studie 2024/25, in: Zick, Andreas et al. (Hrsg.): *Die angespannte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2024/25*, Bonn, S. 19-39.

Anmerkungen

i <https://friedensdienst.de/>.

ii <https://www.ziviler-friedensdienst.org>.

iii <https://frient.de/>.

iv <https://www.ifa.de/foerderungen/zivik/>.

v <https://www.friedenskreis-halle.de/>.

vi <https://afk-web.de/>.

vii <https://bundesstiftung-friedensforschung.de/>.

viii <https://www.prif.org/>.

ix <https://www.ifsh.de/>.

x <https://berghof-foundation.org/>.

xi <https://pzkb.de/>.

xii <https://wfga.de/>.

xiii <https://soziale-verteidigung.de/>.

xiv <https://www.demokratische-konfliktbearbeitung.de/>.

xv <https://www.konfliktbearbeitung.org/>.

<https://www.humanistische-union.de/publikationen/vorgaenge/vorg-253/publikation/frieden-braucht-konfliktbearbeitung-auch-in-deutschland/>

Abgerufen am: 16.08.2026